

Neuer Aufbruch: Radikaler in der Analyse, praktischer im Tun und der Kultur

Die Berlin-Wahl hat gezeigt, was DIE LINKE mit einer klaren Strategie und einer guten Kampagne erreichen kann. Wir haben dort weitaus mehr Nichtwähler gewonnen als Wähler an die AfD verloren. Allerdings wäre es fahrlässig, anlässlich dieses Erfolgs keine Schlussfolgerungen aus den schlechten Wahlergebnissen vergangener Wahlen zu ziehen. Wir müssen uns fragen, wieso Wähler der LINKEN zur AfD wechseln und wieso sie tausende Menschen aus dem Lager der Nichtwähler gewinnen konnte. Was für Projektionen sind neben rassistischen Ressentiments in diesen Wahlentscheidungen zu finden? Wieso hat DIE LINKE seit 2010 unterm Strich massiv an Einfluss verloren?

Wir werden diese Fragen nicht beantworten können, wenn wir eine fehlende Strategie durch Moralisierung ersetzen oder einzelne Teile des Ressentiments versuchen zu adaptieren. Wenn wir DIE LINKE stärken wollen, dürfen wir die Wähler, die wir insbesondere in den Flächenländern verloren haben, nicht einfach abschreiben, sondern müssen darum kämpfen, sie zurückzugewinnen – ohne antidemokratische Standpunkte zu übernehmen. Die Universalität der Menschenrechte und die Würde jedes Einzelnen sind nicht verhandelbar, weil wir sonst keine Linken, keine Sozialisten mehr wären.

Wie könnte das gehen? Dazu folgende Themen:

1. In großen Teilen der Bevölkerung gibt es eine Repräsentationslücke. Die verbreitete Empfindung »Die da oben und wir hier unten« hat Ursachen. DIE LINKE hatte diese Lücke bis 2010 teilweise gefüllt. Es war für große Teile der abhängig Beschäftigten und für Menschen, die auf ALG-II-Leistungen angewiesen sind, klar: »Ich wähle DIE LINKE.« Es fußte auf ihrer konkreten Wahrnehmung, dass dort eine Partei ihre Interessen vertritt, die eine Ahnung davon hat, wie es ihnen geht. Natürlich ist DIE LINKE heute keine Protestpartei mehr. Sie ist etabliert (was übrigens ein riesiger Erfolg ist), stellt einen erfolgreichen Ministerpräsidenten, regiert und macht gute Oppositionsarbeit. Aber offenbar hat sie die Rolle als Repräsentantin von Teilen der unteren Mittelschicht und der gesellschaftlich und sozial Abgehängten teilweise verloren. Wie können wir diese Menschen wieder erreichen und ihnen eine Stimme geben? M.E. hat das viel damit zu tun, wie wir Politik machen, wie



Foto: privat, MdB Jan Korte

wir sprechen. Wir müssen wieder in der Lage sein, auf Grundlage des Alltagsverständnisses zu diskutieren, zuzuhören. Und DIE LINKE muss wieder stärker die politische Ökonomie in ihre Strategie einbeziehen. Der große Vorteil als Sozialisten ist doch, einen Besteckkasten zu haben, der erklären kann, warum Menschen sich so oder so verhalten und was die ökonomischen Grundlagen dafür sind.

2. Ein zentraler Strang linker Politik kann mit dem Begriff der »Planbarkeit des Lebens« umrissen werden. DIE LINKE ist die Partei, die weiß, welche Ängste und Sorgen es gibt: Bekomme ich einen Anschlussvertrag? Habe ich in drei Monaten noch wegen der Leiharbeit meinen Job? Wird es meinem Kind mal besser gehen? DIE LINKE muss den existenziellen Sorgen eine Plattform, eine Kultur geben und diejenige sein, die sich darum kümmert, dass die kleinen Träume der Menschen eine Chance auf Realisierung haben (Familie durchbringen, im Alter nicht arbeiten müssen, die Kinder unterstützen etc.). Die fehlende Sicherheit in der Lebensplanung führt in besonderer Weise zu Panik, Frustration und einem Gefühl der Hilflosigkeit. Die AfD nutzt diese Stimmung, indem sie diesen Frust auf Einwanderer und Muslime lenkt. DIE LINKE muss mit Bildern und konkretem Alltagserleben arbeiten, weniger abstrakt, sondern eine Stimme sein, die ein Gefühl und ein Gespür von der Lebensrealität hat. Das bedeutet praktisch, für grundlegende Umverteilung zu kämpfen, aber auch und gerade Begriffe wie Würde in die Diskussion zu tragen.

3. Die Wählerschaft der LINKEN hat sich verändert. Wir sind dabei in der glücklichen Situation besonders in den Metropolen durch ihre klare Haltung in der Flücht-

lingspolitik viele Menschen hinzugewonnen zu haben, besonders jüngere. Auf der anderen Seite vertreten wir Menschen, die in völlig anderen Lebensrealitäten stehen. Wir müssen anerkennen, dass wir Menschen vertreten, die im Alltag nicht zusammenkommen und gleichzeitig daran arbeiten perspektivisch Schnittmengen eines gemeinsamen Engagements zu finden. Die erfolgreichen Arbeiterparteien hatten eben dies geschafft: Vertretung der abhängig Beschäftigten, der Ausgegrenzten und gleichzeitig Kommunikation und Austausch mit Intellektuellen und der akademischen Mittelschicht.

4. Einerseits wird der LINKEN zum Vorwurf gemacht, zu den Etablierten zu gehören. Auf der anderen Seite sagen viele, sie solle regieren, um etwas durchzusetzen. Was ist so negativ am »Etablierten«? Auf alles eine Antwort haben, aber dabei Herumeiern und klare Positionen vermeiden. Oder eine Praxis, die insbesondere die SPD pflegt: Scheiße für Gold zu verkaufen. Das darf sich bei uns niemals »etablieren«. Wir müssen ehrlich damit umgehen, wenn wir politisch notwendige Kompromisse schließen oder Fehler machen. Dies, und die Durchsetzung zählbarer Verbesserungen für unsere Wähler*innen, ist Voraussetzung um den Widerspruch zwischen der Abgrenzung von etablierten Politikritualen und der Übernahme von Regierungsverantwortung aufzulösen.

5. Die Niederlagen bei den Wahlen sollten dazu führen, darüber nachzudenken, welche Wege wir bei sinkenden Mitgliederzahlen in den ländlichen Regionen als Partei gehen können. Vielleicht brauchen wir in Zukunft gar keine tausendseitigen Landtagswahlprogramme. Vielleicht ist eine Regionalisierung viel näher an den Leuten. Wir müssen zielgenauer werden und verschiedene Ansprachen finden.

Die Verbindung herzustellen zwischen denen, die für Minderheitenrechte kämpfen, und denen, die versuchen, ökonomisch und würdevoll durch das Leben zu kommen, ist schwierig und langfristig. Aber eine Linke, die beides gleichzeitig und gleich vehement macht, ist auf dem richtigen Weg. Dafür brauchen wir eine geschichtsbewusste Erneuerung unserer Sprache, Analyse, Kultur und der Art zu kämpfen.

Jan Korte
(stark gekürzte Fassung – Original auf www.jankorte.de)

Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin

Mit der Wahl des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September und des Berliner Abgeordnetenhauses am 18. September endeten die diesjährigen Wahlen zu deutschen Landesparlamenten. Im Folgenden soll ein Überblick über die Ergebnisse dieser beiden Wahlen gegeben werden.

Auffallendstes Ergebnis der Landtagswahl waren die Stimmenverluste aller im Parlament vertretenen vier Parteien, wobei die Grünen den Wiedereinzug nicht schafften. Auch die FDP blieb mit 3% draußen. Die AfD setzte ihre Wahlerfolge fort und belegte sogar den 2. Platz. Als positiv ist die Niederlage der NPD zu bewerten. Mit 61,6% lag die Wahlbeteiligung deutlich über den 51,5% von 2011. Aufmerksam machen möchte ich auf die zum Teil unterschiedlichen Ergebnisse zwischen Mecklenburg und Vorpommern.

Die SPD gewann unter ihrem Spitzenkandidaten Erwin Sellering 30,6% der Zweitstimmen, was einen Verlust von 5% bedeutet. Damit erhielt sie 26 der 71 Landtagsmandate (2011 27). In Mecklenburg gewann sie außer dem Wahlkreis Mecklenburgische Seenplatte V alle Wahlkreise. Dazu kamen aus Vorpommern die Wahlkreise Greifswald sowie zwei im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Die CDU gewann 19,0% der Zweitstimmen. Das sind 4,0% weniger als 2011, und es ist ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Sie ist jetzt nur noch die drittstärkste Fraktion im Landtag, wo sie mit 16 Abgeordneten vertreten ist. Hatte sie bei der vorigen Wahl 12 Direktmandate gewonnen, so waren es jetzt nur noch 5, außer dem bereits erwähnten im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte alle in Vorpommern.

Sehr enttäuschend war das Ergebnis der LINKEN, die 13,2% der Zweitstimmen gewannen. Mit einem Verlust von 5,2% gegenüber 2011 hatte sie von den im Landtag vertretenen Parteien die höchste Niederlage hinzunehmen. Das zeigte sich auch bei den Mandaten, wo sie mit 11 drei weniger gewann als bei der letzten Wahl. Ein Direktmandat konnte sie nicht gewinnen. Erwähnt werden soll: Sie erzielte mit 14,9% Erststimmen ein besseres Ergebnis als bei den Zweitstimmen. Und die besten Ergebnisse, bis zu 18,8% der Zweitstimmen, gewann sie in den Städten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin.

Der große Gewinner dieser Wahl war, wie bereits am 13. März in Sachsen-Anhalt, die AfD, die bei ihrer ersten Wahlteilnahme 20,8% der Stimmen gewann, dafür 18 Mandate erhielt, darunter 3 Direktmandate in Vorpommern, und damit zweitstärkste Fraktion wurde. Ihre Stimmen erhielt sie zum einen von bisherigen Nichtwählern (etwa 58000), zum anderen aber auch von früheren Wählern anderer Parteien, darunter etwa 23000 von der CDU und



Foto: privat: Der Berliner Spitzenkandidat Klaus Lederer

etwa 18000 von den LINKEN.

Die SPD hatte als stärkste Fraktion die Aufgabe, eine neue Landesregierung zu bilden. Dafür gab es zwei Möglichkeiten: Entweder die seit 2006 bestehende Koalition mit der CDU (gemeinsam 42 Mandate) wird fortgesetzt oder es wird ein Bündnis mit der LINKEN (37 Mandate) eingegangen. Die SPD entschied sich nach knapp zwei Wochen für die Fortsetzung der bestehenden Koalition.

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus machen die erheblichen Verluste von SPD und CDU eine Fortführung der bisherigen rot-schwarzen Regierung unmöglich. Auch die Grünen verloren viele Stimmen. Positiv ist der Stimmenzuwachs der LINKEN einzuschätzen. Die Piraten kamen nicht wieder ins Parlament. Mit ihrem erneuten zweistelligen Wahlerfolg ist die AfD nun in zehn Landesparlamenten vertreten. Die Wahlbeteiligung erhöhte sich gegenüber 2011 von 60,2% auf 66,9%.

Die SPD gewann nur 21,6% der Zweitstimmen und erhielt dafür 38 Mandate, darunter 28 Direktmandate. Damit ist sie zwar wieder die stärkste Partei, aber dieses Ergebnis ist ihr bisher schlechtestes. Erinnerung sei an 2011, als sie 28,3% der Stimmen und 48 Sitze gewannen. Sie hat jetzt die Aufgabe, eine aus drei Parteien bestehende Regierung zu bilden.

Die CDU kam auf 17,6% der Stimmen, womit sie zum ersten Mal unter 20% fiel, und gewann damit 31 Mandate, darunter 21 Direktmandate. 2011 hatte sie noch 23,4% der Stimmen und 39 Sitze gewonnen. Stärkste Partei wurde sie besonders im Südwesten der Stadt und in einigen Wahlkreisen an ihrem Südrand.

Mit 15,6% (2011: 11,7%) und 27 Mandaten (2016: 20), darunter 10 im Osten gewonnenen Direktmandaten wurde DIE LINKE drittstärkste Fraktion. Die Berliner LINKE hat damit als einzige unserer Landesparteien in diesem Jahr eine Landtagswahl gewonnen. Wie schon bei den vorangegangenen Wahlen gab es auch dieses Mal einen deutlichen Unterschied zwischen

dem Ostteil und dem Westteil der Stadt. Mit 23,4% der Stimmen im Osten (2011 22,6%) wurde sie hier die stärkste Partei. Auch die im Westen erreichten 10,1% (2011 4,3%) sind als ein Fortschritt zu werten.

Die Grünen, die 2011 DIE LINKEN vom 3. Platz verdrängt hatten, hatten sich wieder mit dem 4. Platz zu begnügen. Für die 15,2% der gewonnenen Stimmen erhielten sie aber wie diese 27 Sitze.

Die AfD gewann mit ihrem Einzug in das 10. Landesparlament 14,2% der Stimmen. Dafür erhielt sie 25 Mandate, darunter 5 Direktmandate im Ostteil der Stadt. Auch hier wurde sie von früheren Nichtwählern und Wählern aller anderen Parteien gewählt. Mit ihrem Wahlergebnis wurde sie jedoch nur die fünftstärkste Fraktion.

Zu der Frage, ob die AfD eine demokratische Partei ist, die ja von der LINKEN verneint wird, sagte der Parteienforscher Gero Neugebauer am 20. September in einem Interview in der Zeitung „neues deutschland“: „Die AfD ist auf jeden Fall eine demokratisch legitimierte Partei, da sie an der Wahl teilgenommen hat und gewählt wurde. Man kann gegenwärtig auch nicht sagen, dass sie die freiheitlich demokratische Grundordnung verneint. Über die innere Verfasstheit sagt das noch nichts aus“.

Vor der SPD und dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller steht jetzt die Aufgabe, eine aus drei Parteien bestehende Regierung zu bilden. Von den dafür sich bietenden Möglichkeiten wäre für uns ein rot-rot-grüner Senat günstig, was für die CDU bedeuten würde, in die Opposition gehen zu müssen. Auszuschließen ist aber auch nicht Rot-Schwarz-Grün.

Gemeinsam mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus fanden die zu den 12 Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) statt. Jede von ihnen verfügt einheitlich über 55 Sitze. Bei den Wahlergebnissen zeigt sich auch hier deutlich der Unterschied zwischen dem Ostteil und dem Westteil der Stadt. So konnte DIE LINKE in den BVV des Ostens die meisten Sitze gewinnen: Lichtenberg 18, Marzahn-Hellersdorf 16 und Pankow 13. Nur in Treptow-Köpenick belegte die SPD mit 15 Sitzen den ersten Platz. Im Osten gewann aber auch die AfD ihre meisten Sitze. Ihr bestes Ergebnis erreichte sie in Marzahn-Hellersdorf mit 15.

Friedrich Schütz

#Landtagsticker

#Sprachlehrer weiter beschäftigt

Seit vergangenem Jahr arbeiten in den Schulen Sachsen-Anhalt über 200 Pädagog*innen als so genannte Sprachlehrer. Sie unterrichten die Kinder von Geflüchteten in Lerngruppen und sichern darüber hinaus die ohnehin extrem angespannte Unterrichtsversorgung. Sie hatten befristete Arbeitsverträge, die Ende des Jahres auslaufen. Auf sie zu verzichten, wäre absurd - angesichts der notwendigen sprachlichen Förderung der Kinder von Geflüchteten und angesichts der prekären Unterrichtsversorgung. DIE LINKE. Landtagsfraktion hatte beantragt, die Arbeitsverträge dieser Kolleg*innen bis zum kommenden Sommer zu verlängern, um ihnen auch die Möglichkeit zu geben, sich auf reguläre Stellen zu bewerben. Der Antrag ist in die Ausschüsse überwiesen worden - eine „Beerdigung“ erster Klasse. Deshalb haben die Abgeordneten der LINKEN dagegen gestimmt. Es braucht schnelle Reaktion.

#Aktuelle Debatte zur Kinderarmut

„Zwei Dinge vertragen sich nicht miteinander: Offene Grenzen und Sozialsystem. Wir können nicht alle Hungerleider bei uns aufnehmen.“ - so der Beitrag der AfD zur Debatte um die Kinderarmut. Man kann es auch übersetzen: Erst Deutsche und dann Ausländer! Das sieht DIE LINKE anders. Kinderarmut liegt nicht begründet in der Ankunft von Geflüchteten. Sie ist u.a. verursacht durch eine jahrelange Sozialpolitik, die immer mehr arme Fami-

lien hervorbringt, die zuständig ist dafür, dass die Würde von Eltern, die auf staatliche Hilfen angewiesen sind, alles andere als geschützt wird, dass um jeden Cent für Kinder gekämpft werden muss, dass sinnlose Umschulungsmaßnahmen der Eltern zu Resignation und Verbitterung führen. Notwendig ist eine Kindergrundsicherung, die vor Armut schützt. Sie ist für alle Kinder finanzierbar, gleich welcher sozialer oder kultureller Herkunft. Eine vernünftige Erbschaftssteuer wäre ein erster Schritt zur Finanzierung gewesen. SPD, CDU und einige grüne Regierende haben es verweigert. Oder wollten das. DIE LINKE bleibt dabei: Soziale Gerechtigkeit ist ein Menschenrecht für alle! Geld dafür ist seit vielen Jahren da. Es muss nur genutzt werden.

STARK III-Programme nicht als heimliche Schulentwicklungsplanung nutzen

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode vielfach beantragt: Die Förderung von Schulsanierungen mit Hilfe der Mittel der Europäischen Union muss für alle Schulen möglich sein, die auf der Grundlage der geltenden Schulentwicklungsplanung bestandsfähig sind.

Schulsozialarbeit sichern

Das Programm „Schülerfolg sichern!“ ist erfolgreich vor allem dort, wo es um die Unterstützung von Schüler*innen mit Lernschwierigkeiten und prekären Lebenslagen geht. Aber nicht nur dort. Viele

Akteur*innen sind sich einig: Wir brauchen die dauerhafte Finanzierung von Schulsozialarbeit an den Schulen, auch über das Jahr 2021 hinaus. Dafür müssen Vorbereitungen getroffen werden. Genau das fordert der Antrag der Fraktion DIE LINKE. Landtagsfraktion.

Repowering bei Windanlagen

Die Koalition spricht sich in einem Antrag dafür aus, abweichend von der gesetzlichen Repowering-Regelung eine Einzelwindenergieanlage außerhalb eines Vorrang- oder Eignungsgebietes durch eine neue Einzelwindenergieanlage innerhalb eines Vorrang- oder Eignungsgebietes zu „repowern“. Dadurch sollen insbesondere auch die Potenziale des Repowerings mit dem Ersatz von alten durch moderne, leistungsfähigere und ertragsstärkere Anlagen genutzt werden. DIE LINKE kritisiert, dass ein Großteil der Windparks bisher durch externe Projektierer und Investoren realisiert worden ist. Die eigentlichen Gewinne würden in andere Regionen abfließen. Die Landesregierung soll deswegen ein „Siegel für faire Windenergie in Sachsen-Anhalt“ einführen, um die faire Teilhabe aller Betroffenen und die Einbeziehung der regionalen Energieversorger zu stärken. Die Landesenergieagentur (LENA) soll als Servicestelle für faire Windenergie weiterentwickelt werden.

Birke Bull, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Fairer Kaffee auf dem Bernburger Karlsplatz



Foto: privat, Infostand im Rahmen der Fairen Woche

Immer Ende September wirbt die „Faire Woche“ für einen Handel, der vernünftige Löhne und soziale Mindeststandards in den Produktionsländern garantiert. Pro-

dukte wie Kaffee, Kakao, Zucker und Bananen stehen dabei im Mittelpunkt. Das Bernburger Wahlkreisbüro von Birke Bull und Jan Korte beteiligt sich traditionell

mit einer Kaffeeverkostung an der Aktionswoche.

Am Freitag gab es deshalb für interessierte Bürger*innen wieder die Chance, am Stand der LINKEN einen fair gehandelten Kaffee ausgeschenkt zu bekommen und mit den den LINKEN ins Gespräch zu kommen. Mit Unterstützung durch Genoss*innen des Ortsverbandes gingen bei bestem Spätsommerwetter mehrere Kannen des Heißgetränkes an die Besucher*innen des Wochenmarktes. Fairer Handel sorgt in den Produktionsländern in, in der Regel Entwicklungsländer in Südamerika oder Afrika, für Lebensbedingungen, die es den Arbeiter*innen ermöglicht, vor Ort für ein auskömmliches Leben für sich und ihre Familien zu sorgen. Er leistet somit auch einen Beitrag zur in letzter Zeit oft beschworenen Bekämpfung von Fluchtursachen.

Jörg Lemmert, Ortsvorsitzender DIE LINKE Bernburg

Michael Brie in Bernburg

Im Namen des Kreisvorstandes lud Friedrich Schütz den Philosophen und Theoretiker des demokratischen Sozialismus, Prof. Dr. Michael Brie, zu einer Bildungsveranstaltung in das Bernburger Metropol ein. Er ist Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sein Hauptaugenmerk liegt auf der Transformationsforschung, d. h. der Erforschung des Wechsels der politischen Grundordnung. An diesem Abend referierte er über das aktuelle Thema „DIE LINKE vor der Bundestagswahl 2017“. Dabei machte er uns mit seinen Thesen für einen politischen Kurswechsel vertraut. Laut Michael Brie ist eine notwendige Veränderung der Linken nach außen und innen in den letzten Jahren ausgeblieben. Wir werden von vielen dem bestehenden Establishment zugeordnet und nicht mehr als echte Alternative zu den anderen Parteien wahrgenommen. Im bevorstehenden Bundestagswahlkampf müssen wir einen offensiveren Weg beschreiten und den Wählerinnen und Wählern verdeutlichen, dass wir eine Reformpartei sind, denn nur mit Reformen ist ein umfassen-



Foto: privat, Vortrag im Metropol

der Richtungswechsel nach links in Zukunft realistisch. Richtungswechsel bedeutet eine deutliche gerechte Umverteilung und Umgestaltung, nicht nur in unserem Land, sondern auch auf EU-Ebene. Nur wenn solch ein Richtungswechsel realistisch ist, sollte es eine Regierungsbeteiligung geben. Mit SPD und Grünen gibt es Gemeinsamkeiten, die es auszuloten gilt. Dass Zugeständnisse von allen Seiten gemacht werden müssen ist verständlich, aber von unseren linken

Prinzipien (soziale Gerechtigkeit und Solidarität) wollen und dürfen wir nicht abweichen. Eine Mitte-Links-Regierung ist als Einstieg in einen umfassenderen Wandel zu bewerten.

Die Politik der jetzigen Regierung hat das Land in eine Krise gestürzt, die Bevölkerung ist unzufrieden, was den Rechtsparteien (vornehmlich der AfD) zum Durchbruch verhalf. Dem müssen wir mit Selbstbewusstsein und einer offensiveren Politik entgegenzutreten. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger müssen ernstgenommen und aktiv Problemlösungen gefunden werden.

Sollte uns im nächsten Jahr noch keine regierungsfähige Mehrheit gelingen, gilt es weiterhin aus der Opposition heraus, wirksam linke Politik umzusetzen und auf Rot-Rot-Grün hinzuarbeiten. Das gelingt uns z. B. auch durch die Mitwirkung an friedenspolitischen Aktivitäten, Integrationsprojekten, Bürgerinitiativen oder gewerkschaftlichen Protesten.

Elke Rehmann, stellvertretende Ortsvorsitzende DIE LINKE Bernburg

Linker Stammtisch in Bernburg hat Premiere

Im Wahlkreisbüro von Birke Bull und Jan Korte wurde am 26. September eine neue Veranstaltungsreihe aus der Taufe gehoben. Der Linke Stammtisch ist eine Ergänzung zu Frühstück-bzw. Kaffee mit Links. Somit hätten wir dann auch die 3. Tageszeit besetzt und laden in einem festen Rhythmus morgens, mittags und abends alle Interessierten ein, mit LINKEN ins Gespräch zu kommen.

Thema des 1. Stammtisches war das anhaltende Gefälle bei den Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland. Ist es eine gefühlte Ungerechtigkeit, oder gibt es einen realen Hintergrund? Einen ersten Impuls zum Thema gab die Landtagsabgeordnete Kristin Heiß. Auf das Thema stieß sie nach der Wahl, als sie sich die Struktur der Minister und Staatssekretär*innen ansah und ein Ungleichgewicht von Führungskräften aus Ost und West feststellte. Kurze Zeit später bestätigte sich durch eine MDR-Studie zum Thema „Eliten in Ostdeutschland“, dass es dieses Ungleichgewicht nicht nur in Politik und Verwaltung gibt, sondern auch in Wirtschaft, Medien, Kultur und Wissenschaft zu finden ist. In der Diskussion wurde herausgearbeitet, welche Faktoren zu diesem Umstand führten. Da war viel von Entwertung von DDR-Lebensläufen die Rede, von einer Sozialisation jenseits der Ellenbogenmentalität, von der Einführung einer neuen Rechtsordnung und von der Deindustrialisierung der fünf neuen Bundes-



Foto: privat, Diskussion im Bernburger Wahlkreisbüro

länder, die dazu geführt haben, dass sich auf der einen Seite nach der Wende Westdeutsche (zumal nicht selten welche aus der 3. Garde) in die Spitzenämter gedrängt haben, auf der anderen Seite mussten Millionen Ostdeutsche Brüche in ihrem Leben verkraften, die sich auch heute noch in ihren Lebensläufen widerspiegeln. Dieses Ungleichgewicht setzt sich auch 26 Jahre nach der Wende fort, weil durch intensive Netzwerkarbeit auch heute noch vielfach Wessis nachgezogen und an wichtigen Schaltstellen eingesetzt werden. Eine der traurigen Folgen: junge Leute verlassen den Osten – besonders die, die gut ausgebildet und ehrgeizig sind und die etwas bewegen wollen, und das sind die,

die wir hier dringend brauchen.

Die Runde begrüßte sehr, dass diese Fragen wieder vermehrt auf's Tableau gehoben werden sollen. Es ist ein emotionales Thema. Es muss zum einen darum gehen, die gemeinsame Identität zu stärken und den Ostdeutschen den Wert ihrer Biografien zurückzugeben. Gesucht werden zum anderen Mechanismen, die dafür sorgen, dass bei Bewerbungen Nachteile ausgeglichen werden, die durch die ostdeutsche Sozialisation entstanden sind. Das Thema bleibt spannend, auch nach 26 Jahren der Einheit.

Jana Lankau, Ortsvorstand DIE LINKE Bernburg

Die Arbeit der Kreistagsfraktion im September

Lösungsansatz in der Schülerbeförderung in Sicht

Schon seit Wochen wird sehr emotional über die unzureichende Schülerbeförderung aus der Egelner Mulde nach Staßfurt diskutiert. Zuletzt verfasste und veröffentlichte die Kreistagsfraktion der LINKEN einen Brief an den Landrat und forderte ihn als obersten Dienstherrn dazu auf, einzuschreiten und diese Problematik umgehend zu lösen. Diese Forderung brachten auch die zahlreich erschienenen Eltern aus der Egelner Mulde und der Verbandsbürgermeister Michael Stöhr in der letzten Kreistagssitzung gegenüber dem Landrat und der Verwaltung nachdrücklich zum Ausdruck.

Ein kleiner Erfolg scheint nun in Aussicht. So wird es nach den Herbstferien für die Schüler*innen aus Hakeborn und Wolmirsleben wieder eine direkte Schülerbeförderung zwischen ihren Gemeinden und Staßfurt geben. Das lästige Umsteigen in Egelner entfällt, Anschlussbusse werden nicht mehr verpasst und die Fahrtzeit für die Schüler*innen verkürzt sich um 25 Minuten. Auch die Beförderung zwischen Egelner und Staßfurt soll durch den Einsatz

von zusätzlichen Bussen entspannt werden.

Neues aus dem Kreistag

Trotz heftigen Protest der LINKEN Kreistagsfraktion und Teilen der SPD-Fraktion entschied sich der Kreistag mit 33 Ja-Stimmen, der Stadt Barby keine Stundung der Kreisumlage für die Jahre 2014, 2015 und 2016 zu gewähren. Für die Stadt Barby bedeutet dies nun, dass sie Liquiditätshilfe beim Land beantragen müssen. Dagegen wurde die Rahmenvereinbarung zur Kooperation zwischen dem Salzlandkreis und der Hochschule Anhalt einstimmig durch die Kreistagsmitglieder bestätigt. Hitzig debattiert wurde hingegen über die Fortführung des fachlichen Konzeptes zur Entwicklung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit. Unsere Fraktion begründete ihre geschlossene Ablehnung mit dem Fehlen der fachlich-kritischen Auseinandersetzung innerhalb des Konzeptes. Auch die fehlenden finanziellen Mittel, welche für eine wirkungsvolle Kinder- und Jugendarbeit im Salzlandkreis notwendig sind, werden in keiner Weise innerhalb des Konzeptes berücksichtigt.

Solidarfond der Kreistagsfraktion DIE LINKE vergibt weitere Zuwendungen

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen des Kinder- und Jugendhilfezentrum „Am Wasserturm“ (KJHZ) in Groß Börnecke übergaben die Mitglieder der Kreistagsfraktion eine Spende in Höhe von 300,- EUR an Sven Schulze als Geschäftsführer der KJHZ. Die Fraktion unterstützt damit die zum Jahrestag geplanten Projekte und Initiativen. Über jeweils 300,- EUR aus dem Solidarfond der Fraktion können sich ab Oktober gleichermaßen der Sportverein Warmsdorfer SV 52 e.V. und der Kulturmarkt Bernburg e.V. freuen. Die Fraktion unterstützt damit zum zweiten Mal den Bernburger Verein, welcher nunmehr zum 5. Mal den Kulturmarkt in Bernburg organisiert. Der Warmsdorfer Sportverein erhält für hingegen für technisches Equipment eine Spende. Die Fraktion unterstützt damit die hervorragende Arbeit in der sportlichen Nachwuchsgewinnung und Förderung vor Ort.

*Henriette Krebs,
Fraktionsassistentin*

Zahlreiche Majestäten am Stand der LINKEN

Traditionell beteiligten sich der Ortsverband der LINKEN und seine Stadtratsfraktion am jährlichen Tag der Region auf dem Benneck'schen Hof in Staßfurt.

Schon frühzeitig wurde am Sonntag der Stand an der Eingangszone aufgebaut. Es lagen politisches Material und andere Veröffentlichungen von der Bundespolitik bis zur Kommunalpolitik für die Besucher*innen bereit. Ein Wissensquiz rund um den Tag, eine Bürgerbefragung sowie ein Buchbasar luden zum Verweilen und zum Gespräch ein.

Die größte Resonanz gab es jedoch wieder am Glücksrad. Vor allem Kinder, manche mußten gar angehoben werden, versuchten ihr Glück. Bei einer entsprechenden Gewinnzahl konnte dann ein Griff und die zugeordneten Kartons getätigt werden. Zuerst waren die Salzsäckchen vergriffen. Die unterschiedlichsten Varianten von Kugelschreibern erregten freudiges Interesse. Auch Luftballons, kleine Kinderspiele und Süßigkeiten fanden ihre Abnehmer. Die Feuerzeuge waren am frühen Nachmittag vergeben.

Nach einem festen Einsatzplan war der Stand mit jeweils 3 Repäsentanten besetzt.

Den größten Menschaufmarsch gab es, als die scheidende Salzfee, Marina Schulze, mit allen zu Besuch weilenden Majestäten am Stand verweilte. Davon entstand auch ein schönes Foto, aufgenommen von der



Foto: privat, Hoheiten am Infostand in Staßfurt

kürzlich gewählten Vorsitzenden des Theaterfördervereins Bianca Görke. Der Stand des Vereins befand sich auf der gegenüberliegenden Seite und war ebenfalls stark frequentiert.

Entsprechend dem Motto des Tages: „Unsere Region in der Einen Welt: Miteinander – ökologisch – krisenfest.“ war die Beachtung über die Stadtgrenzen hinaus. So kamen wir mit dem Landrat Markus Bauer und der Sozialministerin Petra Grimm-Benne und dem Partnerbürgermeister aus Lehrte ins Gespräch. Nicht unwichtiger waren den

Standbetreuer*innen die Begegnungen mit einer Reihe von Parteimitgliedern. Herzlich wurden Brigitte Köplin, Brunhilde Horig, Jürgen Beyer, Oskar Wohlgemuth, Genoss*innen aus Saale-Wipper begrüßt. Ins Schwärmen kam ein Ehepaar aus Bernburg, als sie vom Auftritt von Sahra Wagenknecht in Köthen berichteten. Kritiken zum Personenahverkehr oder den laufenden Beschädigungen am Personenaufzug am Bahnhof wurden an-

gebracht. Sie werden von den Mitgliedern der Stadtratsfraktion weiter behandelt. Bei herrlichem Spätsommerwetter herrschte bis zum späten Nachmittag reger Andrang auf dem Platz. Die große Beachtung unseres Auftretens durch die Besucher*innen war der beste Lohn für die Standbetreuer*innen. Ihnen sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Ein erneutes Wiedersehen zum 12. Tag der Region 2017 ist fest versprochen.

*Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender
und Fraktionsvorsitzender in Staßfurt*

320.000 fordern Aus für CETA und TTIP

Mehr als 320.000 Menschen haben am 17.9. bundesweit gegen CETA und TTIP demonstriert. Wenige Tage vor der EU-Handelsministerkonferenz am 23. September in Bratislava trugen die Bürgerinnen und Bürger ihren Widerstand gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA in sieben deutschen Städten auf die Straße. In Berlin demonstrierten 70.000 Menschen, in Hamburg waren es 65.000, in Köln 55.000, in Frankfurt am Main 50.000, in Leipzig 15.000, in Stuttgart 40.000 und in München 25.000.

„Heute haben 320.000 noch einmal bekräftigt: Die Bundesregierung muss endlich die Notbremse ziehen und das Nein der Bürgerinnen und Bürgerinnen zu CETA und TTIP respektieren“, erklärten die Organisatoren. „Beide Abkommen schaffen eine konzernfreundliche Paralleljustiz, beide sind eine Gefahr für die Demokratie, für Sozial- und Umweltstandards und die öffentliche Daseinsvorsorge, beide müssen gestoppt werden. CETA bedeutet TTIP durch die Hintertür. Die Bürgerinnen und Bürger wissen das.“ Das Bündnis fordert, die Verhandlungen zu TTIP offiziell zu beenden und CETA weder zu ratifizieren, noch anzuwenden. Das Abkommen mit Kanada dürfe in keinem Fall vorläufig angewendet werden, bevor die nationalen Parlamente darüber abgestimmt haben.

Aufgerufen hatte der Trägerkreis von bundesweit mehr als 30 Aktivistennetzwerken, Wohlfahrts- und Sozialverbän-



Foto: privat, Tausendfacher Protest gegen CETA und TTIP

den, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Globalisierungskritikern, Jugendverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisationen sowie Organisationen für Bürgerrechte, Kultur und nachhaltige Landwirtschaft. Dazu kommen hunderte Organisationen auf regionaler Ebene.

Auch aus dem Salzlandkreis hatten sich interessierte BürgerInnen auf den Weg zu einer der sieben Demonstrationen gemacht. Aus Bernburg ging es z.B. mit dem Zug nach Leipzig. Angela Plättner vom Ortsverband DIE LINKE Bernburg berichtet:

„Trotz des schlechten Wetters, es hatte ge-

regnet, waren viele Menschen gekommen, um sich gegen dieses Abkommen zur Wehr zu setzen und gemeinsam mit anderen Gegnern zu demonstrieren

Auf dem Platz, wo eine Kundgebung war, wurden Sachsen-Anhalter, Thüringer, Sachsen und auch Leipziger begrüßt. Dann machte der Redner seinen Unmut über diese Abkommen Luft. Außerdem sprach er noch darüber dass Nazis an der Demo nicht teilnehmen dürfen, da sie dafür benutzen könnten, sich ein besseres Ansehen zu verschaffen.

Nach der Kundgebung war einige Zeit Pause und wir konnten uns den Boulevard und die Umgebung des Platzes ansehen. Nach dem Mittag begann dann die Demonstration. Mehrere Autos begleiteten diese. Die Musik, die sie dabei machten, war einladend an der Demonstration teilzunehmen. Außerdem gab es in der Umgebung wo wir demonstrierten Sprechchöre, die gegen TTIP und CETA gerichtet waren Die Kundgebung und die Demo haben uns trotz des schlechten Wetters gefallen. Es wurde trotzdem ein schöner Tag.“

www.ttip-demo.de

Angela Plättner, DIE LINKE Bernburg

Burka – Die gesichtslose Frau...

Seit Wochen gibt es in Deutschland einen Streit – einen Streit um die Kleidung von Frauen. Bemerkenswerterweise sind Männer in der Debatte führend. Doch warum geht es hier tatsächlich? Ein neues – männlich dominiertes – Engagement für mehr Frauenrechte? Nein, weit gefehlt. Es geht hier vor allem darum, dass insbesondere zwei Parteien (AFD und CDU) die Gunst der Stunde nutzen, um Angst vor Fremden zu schüren. Insbesondere die AFD ist klar frauenfeindlich und homophob. Sie teilt Menschen in Gut und Böse ein. Sie schürt die Angst vor Fremden. Sie sagt, wer dazu gehört und wer nicht. Wer glaubt, dass der IS-Terror seinen Ursprung im Tragen der Burka hat, führt eine Scheindebatte.

Ich bin keine Verfechterin der Burka. Sie versteckt Frauen. Doch wir haben in Deutschland das hohe Gut der Religionsfreiheit. Das verteidige ich ausdrücklich. Die Religionsfreiheit wird vom Grundgesetz vorbehaltlos gewährt, kann also durch ein einfaches Gesetz nicht einge-

schränkt werden. Sie umfasst das Recht, sich eine Religion zu bilden und zu haben, seine Religion zu bekennen und nach seiner religiösen Überzeugung zu leben.

Jeder und jede darf ihr/sein Verhalten somit ganz und gar an seinem/ihrer Glauben ausrichten. Der Staat darf niemanden wegen dieses Glaubens verfolgen, auch grundsätzlich keinen Einfluss auf weltanschauliche Überzeugungen nehmen. Unter den Schutz des Grundrechtes der Religionsfreiheit fällt damit nicht nur der private Glauben, sondern auch das öffentliche Bekenntnis zu der eigenen Religion. Wir haben nicht das Recht, Frauen zu verbieten, die Burka zu tragen. Das mag in einzelnen Bereichen der Öffentlichkeit (Kita und Schule) verfassungsgemäß sein. Doch im gesamten öffentlichen Leben kann Frau ganz individuell entscheiden, ob oder ob sie nicht die Burka trägt. Frauen, die wegen Krieg und Elend Zuflucht in Deutschland gesucht haben, werden wir nicht durch Verbote emanzipieren. Wir sollten sie mit ihren hier bestehenden

Rechten bekannt machen und sie darin stärken, sich gegen oder eben auch für die Burka zu entscheiden. Ein Verbot ist der völlig ungeeignete Weg, denn Ein Verbot es führt nie zur Freiheit. Im Gegenteil: es führt eher dazu, dass die Frauen quasi unter Hausarrest stehen. Sie werden ihr häusliches Umfeld ohne Burka nicht verlassen wollen oder auch nicht verlassen dürfen.

All jenen, die unter dem Deckmantel der Gleichstellung von Mann und Frau eine solche Debatte führen, entgegne ich: Es gibt viel Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern! Die Schere zwischen den Gehältern. Gewalt gegen Frauen und Kinder. Frauen, denen Führungspositionen verwehrt werden. Usw. Hier können sich alle Demokrat*innen gern austoben. Alles andere schürt Ressentiments und hat absolut nichts mit Gleichstellungspolitik zu tun!

Eva von Angern, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Rechts- und Gleichstellungspolitik

Gemeinschaftsschule und Berufsorientierung

Am 19. September führte ein Wahlkreis-tag die Abgeordnete Birke Bull zunächst an das Schulzentrum Könnern. Die Schule hat in diesem Jahr den Weg einer Gemeinschaftsschule eingeschlagen. Das heißt, alle Abschlüsse können an der Schule erworben werden. Für die Abiturphase in der 11. - 13. Klasse wurde eine Kooperation mit der Albert-Schweitzer-Schule in Aschersleben - selbst eine Gemeinschaftsschule - beschlossen. In einem Gespräch mit der Schulleiterin, Frau Rößler, ging es um den Weg, der schon seit einigen Jahren vorbereitet wurde. Es gab für das Kollegium Weiterbildungen, Methodentraining und Hospitationen in anderen Schulen. Auch Eltern und Schülerschaft wurden frühzeitig in die Planungen einbezogen, so dass das Projekt auf sicheren Füßen steht. Gute Erfahrungen wurden mit zwei zusätzlichen Fächern mit den Namen POT (Praktischer Orientierungstag) und KIP (Kompetenzen in Projekten) gemacht. Während der Praxistage erhalten die Kinder in enger Zusammenarbeit mit Betrieben in der Umgebung die

Möglichkeit, alle zwei Wochen einen Tag in der Produktion zu verbringen. Das dient zum einen der Berufsorientierung, zum anderen ist es Lebenspraxis. Außerdem werden Fähigkeiten geschult, die in der Schule keinen oder zu wenig Platz haben. Oft entstehen aus diesen Kooperationsbeziehungen direkt Lehrverträge, weil Betrieb und künftiger AZUBI sich ausgiebig kennenlernen konnten. Im KIP-Unterricht bekommen die Kinder Gelegenheit, sich über einen längeren Zeitraum mit einem Thema zu beschäftigen. Es werden Informationen dazu gesammelt und verarbeitet, und am Ende steht eine Präsentation der Ergebnisse. Auch hier werden zusätzlich wertvolle Kompetenzen geschult. Zufällig konnte die Abgeordnete noch die Eröffnung des Sponsorenlaufes miterleben. Die Schülerinnen und Schüler drehen auf dem Sportplatz ihre Runden, um von selbst organisierten Sponsoren Geld für die Errichtung eines „grünen Klassenzimmers“ auf dem Schulhof zu „erlaufen“. Eine tolle Initiative!
Ein wenig passte der Nachmittagstermin

thematisch. Dr. Scherbath, ehemaliger Leiter der DEKRA-Akademie, stellte zwei Projekte vor. Das erste dient der Berufsorientierung im Bereich Verkehr und Logistik. Hier möchte er praxisnah über weitgehend unbekannte Berufsbilder und deren Zugangsvoraussetzungen informieren. Das zweite ist ein mobilitätsbezogenes Projekt, mit Inhalten wie: wie komme ich zum Führerschein oder was muss ich beim Halten und Führen von KFZ beachten. Das alles soll in Zusammenarbeit mit Fahrschulen, Werkstätten oder KFZ-Betrieben von Experten außerhalb der Schule praxisnah beigebracht werden. Beide Projekte richten sich an ältere Jugendliche ab 14 oder 15 Jahren und sind so für den Einsatz an Ganztagschulen hervorragend geeignet. Sollte sich jemand für eines dieser Projekte interessieren, kann über das Wahlkreisbüro von Birke Bull gern der Kontakt zu Herrn Scherbath hergestellt werden.

Jana Lankau,

Wahlkreismitarbeiterin von MdL Birke Bull

Bundestagsabgeordneter besuchte Güsten

Am 14. September war Jan Korte, stellvertretender Vorsitzender der LINKEN Bundestagsfraktion, zusammen mit Mitgliedern des Ortsverbandes der LINKEN in Güsten unterwegs.

Los ging es mit einem Besuch auf dem alten Güstener Friedhof, auf dem der LINKE Ortsverband seit Jahren das Grab des Kommunisten Walter Munke pflegt. Munke, nach dem auch eine Straße im Ort benannt ist, wurde vor 100 Jahren in Güsten geboren und kämpfte als KPD-Mitglied später im spanischen Bürgerkrieg gegen Franco. Nach Festnahme und Auslieferung an Deutschland kam er ins KZ Mauthausen, wo er 1942 ermordet wurde. Jan Korte brachte seinen Respekt gegenüber dem Ortsverband zum Ausdruck, der das Gedenken an den Antifaschisten aufrecht erhält.

Anschließend ging es in den Güstener Ortsteil Warmsdorf, wo Gunter von Kalnassy und Axel Klindt vom Vorstand des Warmsdorfer SV den Abgeordneten empfangen. Der Verein beeindruckt seit vielen Jahren durch eine vorbildliche Jugendarbeit im Fußball. Die Nachwuchskicker der A-Jugend spielen momentan sogar in der Landesliga. Hauptproblem des Vereins ist, wie so oft, die finanzielle Unterstützung durch die Kommune oder Sponsoren. Gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern diskutierte Jan Korte Fördermöglichkeiten, die z. B. für einen dringend benötigten Neubau des Vereinsheimes benötigt werden. Eine kleine Unterstützung hatte



Foto: privat, Am Grab von Walter Munke

er auch noch dabei: Vor der „Wipper-Arena“ überreichte er einen Scheck über 100 Euro.

Im Anschluss gab es die Möglichkeit bei einer Bürgersprechstunde vor EDEKA in Güsten mit dem Bundestagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen. Trotz der

großen Hitze ergaben sich Diskussionen über die Kommunalfinanzen und über die zurückliegende Bürgermeisterwahl in der Verbandsgemeinde.

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter von
MdB Jan Korte

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Oktober
recht herzlich**

Zum 96. Geburtstag
Fritz Liebefinke

Zum 93. Geburtstag
Wilhelm Kretzmann

Zum 88. Geburtstag
Christine Dockhorn

Zum 87. Geburtstag
Doris Trübe

Zum 86. Geburtstag
Ingeborg Zierold

Zum 85. Geburtstag
Erika Rau
Helga Walter

Zum 84. Geburtstag
Charlotte Freist
Rosemarie Hartung
Werner Torsch

Zum 82. Geburtstag
Anneliese Grage
Ingeborg Müller
Sieglinde Vaucey
Klaus Engelmann



5. KULTURMARKT BERNBURG

FREITAG 21. OKTOBER 2016

**MARKT TALSTADT
WELCOME!**

**KONZERTE
FEUERSHOW
JAM SESSION
POETRY
SLOW FOOD
WHISKEY SEMINAR
BAND WETTBEWERB
KLEIDERBÖRSE
TROMMEL WORKSHOP
... UND MEHR**

„Kaffee mit Links“

Am 12.10.2016 ab 16 Uhr gibt es die nächste Gelegenheit im Bernburger Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.

Was bedeuten die Landtagswahlen 2016 für unsere Bundestagswahl?

Vortrag und Diskussion mit **Dr. sc. André Brie** am 17.10.2016 um 18 Uhr im Metropol Bernburg, Schloßstraße 20.

Der Kreisvorstand

Kreisversammlung in Staßfurt

Der Kreisvorstand lädt zur 14. Kreisversammlung und zur besonderen Kreisversammlung am **08.10.2015 um 10 Uhr in den Saal des Verwaltungsgebäudes der Stadtwerke Staßfurt (Athenslebener Weg 15)** ein.

Sondersitzung Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis

Am 17.10.2016 ab 18:00 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro. Mit Herrn Freund (FD Bildung und Kultur) zur Kulturentwicklungsplanung.

Vortrag „Rente und Rentengerechtigkeit“

Am 17.10.2016 mit **MdB Matthias Birkwald**, ab 17:00 Uhr im Staßfurter Salzlandcenter (Hecklinger Straße 80). Es laden ein: Kreistagsfraktion, Kreisvorstand und RLS Sachsen-Anhalt.

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am 19.10.2016 um 18 Uhr im Fraktionsbüro in Staßfurt.

MdB Jan Korte unterwegs im Salzlandkreis

Am 10. und 11.10.2016 Bernburg, Staßfurt und Egeln.

Wissen was #läuft

Jetzt den Newsletter abonnieren!
www.dielinke-sachsen-anhalt.de

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 24. Oktober 2016.
Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 29. September 2016.

Ortsversammlung in Bernburg

Am 12.10.2016, um 18 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität (Wilhelmstraße 1). Wir werden u.a.

Delegierte für die Wahlkreisversammlung (Wahl eines Direktkandidaten für die Bundestagswahl) wählen und über aktuelle kommunalpolit. Themen diskutieren.

Ortsversammlung in Staßfurt

Am 12.10.2016 um 17.00 Uhr in der Gaststätte „Meyer`s Bräustüb l“ in Staßfurt (Hohenerxlebener Straße 82). Wahl eines neuen Ortsvorstandes und von der VertreterInnen zur Wahlkreisversammlung im Bundestagswahlkreis 71(Anhalt).

Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Hecklingen

Am 12.10.2016 um 18.30 Uhr in der Gaststätte „Meyer`s Bräustüb l“ in Staßfurt (Hohenerxlebener Straße 82). Wahl der VertreterInnen zur Wahlkreisversammlung im Bundestagswahlkreis 71(Anhalt).

Frühstück mit LINKS in Staßfurt

Am 19.10.2016 ab 10:00 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro. Referent: **Dr. Peter Kaufmann** zu Mieten und Wohnen (angefragt).

Wissen was #läuft

Jetzt den Newsletter abonnieren!
www.dielinke-sachsen-anhalt.de

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.